

Umweltkonferenz 2008

der Reader



DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN



Inhalt

Kathrin Kagelmann: »Gibt es den Reichtum der Welt morgen noch, oder ist vieles davon schon hin?«

Katja Kipping: Absage an Wachstumsideologie und Arbeitsfetischismus

Wilfried Kühler: Der Klimawandel ist in Sachsen angekommen

MdB Eva Bulling-Schröter »Wie grün muss die Linke sein?«

Rede von Kathrin Kagelmann

»Gibt es den Reichtum der Welt morgen noch, oder ist vieles davon schon hin?«

Diese Frage vertonte auf wirklich berührende Weise Holger Biege bereits im Jahr 1979! Der wie kein anderer im »Zwischen-den-Zeilen-Lesen«-geübte Ostdeutsche verknüpfte natürlich sofort das besungene Bild von der vergifteten Luft, die den Erdball künftiger Generationen einzuhüllen droht, mit den rußgeschwärzten Wolken über Leuna, Bitterfeld oder dem »Schwarzen Dreieck« im Dreiländereck.

Die Umweltverschmutzung im Europa des vorigen Jahrhunderts war noch zu riechen, zu schmecken, zu sehen. Jetzt haben wir die Abluft sauber gewaschen, aber was weiter aus vielen Schornsteinen quillt, ist nicht minder gefährlich: Klimarelevante Gase heizen die Erde auf und sie werden ihr Gesicht verändern – und wenn wir uns nicht sputen, wird Mutter Erde bald ganz schön alt aussehen. Und deshalb kann man heute nicht mehr über Biodiversität reden, ohne gleichzeitig klima- und energiepolitische Fragen aufzuwerfen.

Im Diskussionspapier der ökologischen Arbeitsgemeinschaft Adele »Wirtschaftlich modern, ökologisch nachhaltig, sozial gerecht«, dass inzwischen seit Februar dieses Jahres innerhalb unseres Landesverbandes diskutiert wird, beschreiben wir die zentrale Herausforderung der Gegenwart folgendermaßen: (Zitat) »Es geht nicht mehr »nur« um die Gewährleistung der Verfügbarkeit über die Schätze der Natur für nachfolgende Generationen. Es geht darum, ihnen überhaupt ein Leben zu ermöglichen. Das bedingt eine wirklich radikale Wende in unserem Denken, in unserer Lebens- und Produktionsweise.«

Was da so gelassen ausgesprochen oder vielmehr niedergeschrieben wurde, fordert nicht weniger als eine neue wissenschaftlich-technische, kulturelle und ethisch-moralische Revolution innerhalb der Gesellschaft. Und selbst bürgerliche Ökonomen wie der Amerikaner Jeremy Rifkin gelangen unter dem Eindruck der globalen Verwerfungen durch Finanzkatastrophe, Klimawandel und Energieknappheit zu der Erkenntnis: »Wenn wir der dreifachen

Bedrohung unseres Lebensstils wirklich begegnen wollen (mit der dreifachen Bedrohung meint Rifkin die Finanz-, Energie- und Klimakrise) – brauchen wir ein Wirtschaftsmodell, das auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit basiert und so die Zivilisation erneuert.« Späte Erkenntnis.

Jetzt müssen wir uns als Linkspartei bekennen, ob wir innerhalb dieses Umwälzungsprozesses Avantgarde oder Nachhut sein wollen. Diese tiefgehende global-gesellschaftliche Krise eines wachstums- und profitorientierten Wirtschaftsmodells wird somit auch zur Nagelprobe für die Zukunftsfähigkeit einer linken Partei und das ist natürlich auch der inhaltliche Knackpunkt für uns als sächsische Sozialisten. Aber: Wo stehen wir dabei wirklich?

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste, ich komme aus der Lausitz. Da wird nun mal traditionell seit Jahrzehnten Braunkohle verstromt. Der beherrschende Wirtschaftszweig vor und nach der Wende prägte und prägt die Denkweise der Menschen seit Generationen. Gestern noch galt die Sicherung der Energieversorgung als ein zentrales Feld der Auseinandersetzung zweier konträrer Gesellschaftsmodelle.

Gestern wie heute ist Kohle die Grundlage für regionale Wertschöpfung und immer noch Garant für soziale Sicherheit.

Deshalb verwundert es auch nicht, dass wir uns als aufrechte Ökologen mit unserer Forderung im Papier nach dem konsequenten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2040 und dem sozial-ökologischen Umbau von der kohlezentrierten zu einer solaren Energiewirtschaft einer Front von fachlich hoch kompetenten Kraftwerksingenieuren und Bergleuten aus der Region gegenüber sehen. Und da wird uns dann schnell ideologische Selbstverblendung und Ignoranz von Naturgesetzen vorgeworfen.

Ich habe zumindest in der Lausitz nicht wirklich den Eindruck, dass wir an dieser Stelle trotz klarer Beschlusslagen auf Bundes- und Landesebene, trotz entsprechender parlamentarischer Aktivitäten unserer Abgeordneten in den Landtagen, im Kampf um die eigenen Köpfe entscheidend vorangekommen sind.

Meine These speist sich aus vielen einzelnen Begebenheiten gerade der jüngsten Zeit und aus dem laufenden Diskussionsprozess zum Papier: Ich möchte dafür nur ein konkretes Beispiel anbringen, das Anfang dieser Woche passierte. In meiner Heimatstadt Niesky im Landkreis Görlitz.

Dort verweigerten zwei tapfere Stadträte die Zustimmung für einen Beschlussantrag der Verwaltung, nach dem die kommunalen Stadtwerke bevollmächtigt werden sollen, Geschäftsanteile an einem Steinkohle-Kraftwerk in Brunsbüttel zu erwerben.

Zwei von 22. Die Linksfraktion stellt allein 5 Abgeordnete. Brunsbüttel hat nun schon wegen des Hick-Hack um den dort angesiedelten Pannen-Atomreaktor bundesweit eigentlich keinen guten Klang. Jetzt will die SüdWestStrom Beteiligungsgesellschaft, ein Zusammenschluss von Stadtwerken, noch ein Steinkohlekraftwerk bauen, dass angeblich billige Kohle aus Südafrika verstromen soll. Das hat zwar nicht im Stadtrat Brunsbüttel selbst, aber sehr wohl im Ländle Schleswig-Holstein durchaus für Auseinandersetzungen gesorgt. Aber Brunsbüttel ist weit.

Noch weiter weg ist Spanien. Jedenfalls sorgte die Information eines Zustimmungsverweigerers kurzzeitig für helles Erstaunen in der Runde der unkundigen Nieskyer Räte, wonach der bisherige Mehrheitsgesellschafter Ibertdrola, ein spanischer Energieriese, bereits Anfang Oktober aus dem windigen Geschäft ausgestiegen ist, weil er die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten des Projektes angesichts europäischer klimapolitischer Weichenstellungen negativ beurteilt.

Inzwischen springen weitere Stadtwerke ab. Und manch einem dämmerte vielleicht auch, dass die Investition in ein klimaschädliches Steinkohlekraftwerk heutzutage nicht nur wirtschaftlich verheerende Folgen haben kann.

Noch dazu braucht Brunsbüttel und weitere 19 noch geplante fossile Kraftwerke kein Mensch wirklich. In seiner Leitstudie 2008 prognostiziert das Institut für Technische Thermodynamik beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt Stuttgart, dass bei der anstehenden Erneuerung des Kraftwerksparks maximal 10 000 Megawatt Strom durch Kohlekraft ersetzt werden dürfen,

um die Klimaziele der Bundesrepublik nicht zu gefährden. 10 000 Megawatt entsprechen nun wiederum in etwa der Anzahl der bereits heute im Bau befindlichen 5 Kohlekraftwerke – der Block R in Boxberg ist da eingerechnet – und die reichen auch vollkommen aus, um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern.

Aber Bürgermeister, Stadtwerkechef und die Mehrheit der Nieskyer Stadträte ficht das nicht an. Die Gegenargumente bleiben unberücksichtigt. Hier laufen die Uhren langsamer – manchmal, will mir scheinen, auch noch rückwärts.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist, was mich umtreibt und natürlich erst recht dann, wenn Stadträte der eigenen Partei nicht geschlossen gegen derartige Anträge votieren. Ich vermisse einen grünen Urinstinkt, so ein individuelles ökologisches Bauchgefühl, dass zumindest linke Kommunalabgeordnete eine solche Beschlussvorlage kritisch bewerten lässt.

Global denken – lokal handeln. Dieser Slogan der Agenda-21-Bewegung geht noch zu häufig verloren im kommunalpolitischen Tagesgeschäft und noch zu häufig diktieren vermeintliche wirtschaftliche Sachzwänge politische Entscheidungen. Der Beschluss im Nieskyer Stadtrat ist noch nicht gelaufen. Auf Antrag eines Stadtrates wird sich zunächst die Kommunalaufsicht formal mit der Rechtmäßigkeit des Zustandekommens des Beschlusses befassen. Schon da gibt es Ungereimtheiten, die fern ab jeder umweltpolitischen Bewertung die Alarmglocken bei kritischen Geistern hätte schrillen lassen müssen.

Und es wird eine Auseinandersetzung innerhalb der Fraktion geben. Ich habe natürlich dem widerständigen Stadtrat sofort aktuelle programmatische Aussagen der Linkspartei zum Thema Energiepolitik herausgezogen, um ihn für die Diskussion zu wappnen. Und ich werde ihm auch die Beiträge der heutigen Konferenz zuspieren. So gesehen, stimmt zumindest das Timing.

Das Beispiel zeigt allerdings auch: Es wird auf absehbare Zeit kein Ende der Debatte um die ökologische Ausrichtung der Linkspartei geben können, auch wenn das vorliegende Diskussionspapier »Wirtschaftlich modern, ökologisch nachhaltig, sozial gerecht« auf dem nächsten Parteitag der Linken in Sachsen verabschiedet wird. Die Debatte darf kein Ende haben, weil wir uns nicht in einer

innerparteilichen Konstellation einrichten dürfen, nach der die einen für hehre Visionen und Parteitagsbeschlüsse zuständig sind und damit häufig noch dem Vorwurf der Realitätsferne und Politikunfähigkeit ausgeliefert werden, und die anderen glauben, relativ unbeeindruckt davon pragmatisch die beschwerlichen Mühen des Alltags bewältigen zu müssen.

Meinen Nieskyer Stadträten werde ich dagegen einen Besuch in der ökologischen Modellstadt Ostritz gleich um die Ecke im Dreiländereck empfehlen ...

Ich habe erst vor zwei Wochen das Biomasse Heizkraftwerk und das Wasserkraftwerk am Kloster St. Marienthal besucht, die beide Teile eines Konzeptes sind, die Kleinstadt vollständig mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen. Dieser Weg eines ökologischen Umbaus konnte nicht die nach der Wende wegbrechenden Arbeitsplätze in der Textilindustrie ausgleichen. Aber die Umweltbelastung senken und damit Lebensqualität steigern sowie stabile Energiepreise sichern für kommunale, gewerbliche und private Abnehmer – das konnte dieser Umbau schon und allein dieser letzte Aspekt hat durchaus eine soziale Dimension. Also, warum in die Ferne schweifen – das Gute liegt so nah.

Der Stadtratsbeschluss in Niesky ist ein Beispiel für fehlende ökologische Sensibilität bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Einzelne Diskussionsbeiträge zum Adele-Papier in Zeitungen der Linkspartei Sachsen offenbaren aber auch ein aus meiner Sicht fatales Festhalten an bekannten Energiestrukturen und Technologien – einschließlich, und das halte ich angesichts der an diesem Wochenende stattfindenden neuerlichen Proteste um Atomtransporte nach Gorleben für wirklich dramatisch – einschließlich der Atomenergienutzung.

»Eine einmal gut eingeführte Technologie – sei sie nun umweltschädlich oder nicht – entwickelt ein Beharrungsvermögen, das ihre Verdrängung äußerst schwierig macht. Einzelpersonen, Firmen, gesellschaftliche Institutionen, sogar ganz Kulturen passen sich den Erfordernissen ihrer Technologie an und im Verlauf dieses Prozesses investieren sie so viel Geld, Anstrengung, Zeit und Erfahrung, dass jeder Gedanke an Veränderung nicht praktikabel oder nicht einmal vorstellbar erscheint.«

Man kann ja nun zum einstigen Öko-Messias Al Gore persönlich stehen, wie man will: Aber in seinem Klassiker »Wege zum Gleichgewicht« stehen so einige Denkwürdigkeiten und dieses Zitat beschreibt das Problem sehr klar.

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste, ich bin sehr für strittige Diskussionen. Und natürlich kenne ich die Wirkungsgradvergleiche zwischen Kohle und Solarenergie, ich kenne die Grundlastargumentation, akzeptiere kritische Fragen zu Netzkapazitäten oder zu fehlenden Energiespeichermöglichkeiten. Aber ich bin definitiv nicht bereit, den Atomausstieg auch nur ansatzweise erneut in Frage stellen zu lassen.

Über alles andere lasst uns produktiv streiten. Und da bekanntlich der Prophet im eigenen Land wenig gilt, haben wir uns für unsere Konferenz kompetente Verstärkung organisiert. Herr Lehmann, Herr Kückler, Herr von Fabeck – ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Der sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft beginnt im Kopf der Menschen. Und wer meinte, nach den aufrüttelnden Berichten des Weltklimarates hätten sich Diskussionen zum Klima erübrigt, weil die Macht des Faktischen wirke, der irrt gründlich.

Die Linke Sachsen macht mit der heutigen Konferenz ihren Anspruch deutlich, in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um einen Paradigmenwechsel in der Umwelt- und Energiepolitik ein entscheidendes Wort mitreden zu wollen. Wir stehen dazu, dass wir uns noch auf der ökologischen Profilsuche befinden. Das ist kein Problem.

Ein Problem wäre es, dem Streit auszuweichen, denn – um mit den Worten des deutschen Arztes und Aphoristikers Gerhard Uhlenbruck zu sprechen – »Inzwischen wissen wir, was uns noch blüht – nämlich immer weniger!

Katja Kipping

Absage an Wachstumsideologie und Arbeitsfetischismus

Es wäre ein Leichtes, anlässlich dieser Konferenz an Hand von Auszügen aus den programmatischen Eckpunkten und an Hand von vielen Anträgen, die wir im Bundestag gestellt haben, zu belegen, dass Klimaschutz bei der Linken eine zentrale Rolle spielt. Doch diese Konferenz ist erst dann erfolgreich, wenn es gelingt, Klimaschutz in all seiner Konsequenz stärker in der LINKEN zu verankern. Dies setzt eine ehrliche Problemanalyse voraus. Dass am Anfang die schonungslose Analyse der bestehenden Verhältnisse stehen sollte – dieses methodische Erbe von Karl Marx sollte auch dem Klimaschutz zu Gute kommen.

Auch wenn ich in den letzten Jahren vorrangig für Soziales zuständig war, so habe ich doch die Politik meiner Partei immer durch die kritische Brille der Ökologin betrachtet. Schließlich führte mein Weg in die Politik über den kommunalen Umweltschutz. Sechs Jahre lang war ich in Sachsen für die Verkehrspolitik zuständig. Dem Politikfeld, in welchem zentral über Sein oder Nichtsein von Klimaschutz entschieden wird. Und ich muss kritisch feststellen: Es gibt drei zentrale Denkbarrieren, welche unsere Partei vom konsequenten Klimaschutz trennen: Die Wachstumsideologie, die Neigung, beim Straßenbau der Mehrheit nach dem Munde zu reden, und der Arbeitsfetischismus.

Zur Wachstumsideologie: Das »Schneller – Höher – Weiter«, also der kapitalistische Komparativ, ist ökologisch gesehen einfach nicht zum Nulltarif zu haben. Wachstum zielt immer auf quantitatives Mehr. Dieses Mehr kann weniger oder mehr Umwelt zerstörend sein, aber niemals ökologisch neutral. Wer eine qualitative Weiterentwicklung will, der rede nicht von Wachstum, sondern von Entwicklung. Insofern setzt der ökologische Umbau der Gesellschaft den Bruch mit der Wachstumslogik voraus.

Soweit der kapitalistische Komparativ einer neoliberalen Wirtschaftslehre folgt, ist DIE LINKE sich einig in der Ablehnung. Doch auch die keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik folgt der Wachstumslogik. Ohne Frage ist der Keynesianismus aus sozialer Sicht ein Fortschritt gegenüber dem Neoliberalismus. Jedoch

bleibt auch diese Wirtschaftslehre in der Wachstumsideologie verhaftet. Der Keynesianismus stellt eben nicht die Systemfrage, sondern vertritt lediglich einen klug geleiteten Kapitalismus. Zur Untermauerung dieser Aussage möchte ich aus einem Artikel zitieren, den Rudolf Hickel anlässlich des 60. Todestages von John Maynard Keynes verfasste: »Schlicht unseriös ist – so Hickel – die Behauptung [...], die gesamtwirtschaftliche Nachfragepolitik – also der Keynesianismus – verlässe den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung« Die keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik bleibt ergo innerhalb der marktwirtschaftlichen Logik. Die LINKE muss demzufolge lernen, wirtschaftspolitisch über den begrenzten Horizont des Keynesianismus hinaus zu denken, wenn sie die Systemfrage stellen möchte – auch aber nicht nur im Sinne eines konsequenten Klimaschutzes.

Zum Straßenbau: Konsequenter Klimaschutz verlangt nach einer verkehrspolitischen Wende. Eine solche Wende muss weniger Verkehr insgesamt und vor allem weniger LKW- und weniger Autoverkehr zur Folge haben. Alle mir bekannten Studien zur Veränderung des modal splits zeigen: Es bedarf sowohl pull-Faktoren als auch push-Faktoren. Soll heißen: Bus, Bahn und Rad müssen einerseits attraktiver werden und andererseits muss das Autofahren unattraktiver werden. Spätestens, wenn die verkehrspolitische Wende bedeutet, das Autobahnen unattraktiver zu machen, setzt bei so manchem bekanntlich der Wankelmut ein. Dabei spricht die Empirie eine klare Sprache: Breitere Straßen führen letztlich nur zu noch mehr Autoverkehr.

Ich erinnere mich noch gut an eine verkehrspolitische Debatte zu den Auswirkungen einer sächsischen Autobahn. Ich hatte damals die Staatsregierung sowohl nach den wirtschaftlichen als auch nach den umweltrelevanten Auswirkungen gefragt. Die Staatsregierung konnte keinen einzigen Indikator nennen, der nachwies, dass die Autobahn die wirtschaftliche Situation der betroffenen Regionen verbessert hatte. Die ökologische Bilanz hingegen war eindeutig negativ. Durch schnellere Straßenverbindungen geriet das Verkehrsmittel Bahn ins Hintertreffen. Mehr Menschen stiegen aufs Auto um. Ein Mehr an klimarelevanten Abgasen war die Folge. Eine solche Faktenlage hätte an sich zu Nachdenklichkeit führen müssen. Doch nichts dergleichen geschah. Stattdessen machte sich der CDU-Redner darüber lustig, dass sich die PDS mit dem Schmelzen der Pole beschäftigt. Die Heiterkeit im Saal

unterstrich nur zu deutlich die tiefe Überzeugung, das Schmelzen der Pole habe nichts aber auch gar nichts mit der sächsischen Verkehrspolitik zu tun. Man suhlte sich in der Gewissheit, dass das Schmelzen der Pole auch keinerlei Rückwirkung auf die Situation in Sachsen habe. Als dann im Jahr 2002 halb Dresden überschwemmt wurde, war die Betroffenheit groß. Und diese Überschwemmung war womöglich nur ein kleiner Vorgeschmack auf die Klimakatastrophen, die uns noch bevorstehen.

Doch wenden wir uns dem Thema DIE LINKE und die Arbeit zu. »Sozial ist, was Arbeit schafft!« – Diesen Slogan hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, das neoliberale Propagandainstitut schlechthin, nicht ohne Grund versucht, in die Köpfe einzupflanzen. Denn: »Sozial ist, was Arbeit schafft!« – bedeutet Arbeit, egal zu welchem Preis, sei sozial. Und sei es zu einem Lohn von einem Euro die Stunde oder zum Preis einer zerstörten Umwelt. »Sozial ist, was Arbeit schafft!«, diese Logik konsequent zu Ende gedacht bedeutet, auch Sklavenarbeit und Kinderarbeit sei sozial.

Es gab Zeiten, da blamierte sich die PDS mit Plakaten wie »Arbeit muss das Land regieren!« Von solchen Slogans ist es nicht mehr weit zu einem Denken à la »Sozial ist, was Arbeit schafft!« Der schlichte Ruf nach einfach mehr Arbeit und mehr Beschäftigung, ohne die Frage nach dem Inhalt der Arbeitsplätze, ist Ausdruck des Schlafes der menschlichen Vernunft. Insofern ist es ein diskursiver Fortschritt, wenn wir jetzt nicht einfach nach mehr Arbeit rufen, sondern gute Arbeit fordern. Aber was verstehen wir unter guter Arbeit? Schaut man sich die Vorschläge der Bundestagsfraktion an, so meint gute Arbeit vor allem sichere Arbeit, gut bezahlte Arbeit mit Qualifikationsschutz. Dies ist alles nicht gering zu schätzen. Und doch fällt auf, dass die ökologischen Auswirkungen von Arbeit ausgeblendet werden. Dabei gibt es Betriebe, die zwar Arbeitsplätze schaffen und Profite abwerfen, aber gesamtgesellschaftlich keinen Reichtum, sondern nur mehr Elend und Umweltverschmutzung bringen. Oder will ernsthaft jemand behaupten, Betriebe, in denen Landminen hergestellt werden, leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Reichtum?

Oder was ist mit Betrieben, in denen Tamagotchis hergestellt werden? Bewirken die nicht vor allem unnötigen Ressourcenverbrauch und unnötige Emissionen. Ist bei solchen Arbeiten nicht Unterlassung die wahre Leistung gegenüber der Gesellschaft?

Doch wer meint, nur Erwerbsarbeit sei Leistung, ist schnell blind gegenüber der schädlichen Auswirkung so mancher Arbeit auf die Gesellschaft. Leider ist innerhalb der LINKEN die verkürzte Sicht auf Arbeit immer noch dominant. Nur das, was sich im entlohnten Arbeits- und Kapitalbereich abspielt, wird als Leistung erachtet. Die vielen Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit werden hingegen schnell gering geschätzt. Dabei werden in unserem Land rund 100 Mrd. Stunden jedes Jahr in unbezahlter Tätigkeit, also z. B. Haus- und Erziehungsarbeit sowie Ehrenamt vollbracht. Das ist übrigens fast doppelt soviel wie die Summe der in Erwerbsarbeit verbrachten Stunden. Diese Zahlen belegen es: Unsere Gesellschaft basiert in ihrem inneren Zusammenhalt und ihrem gesellschaftlichen Reichtum in viel stärkerem Maße auf den Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit. Und doch wird nur die Säule Erwerbsarbeit mit Leistung gleichgesetzt.

In ihrem Buch »Die neuen Grenzen des Wachstums« kommen die AutorInnen Meadows und Randers zu einem Fazit, welches in dem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben sollte: »Solange als Arbeit nur das anerkannt wird, was den Umsatz steigert, kann der Naturverbrauch nicht dauerhaft gebremst werden.« Der ökologische Umbau erfordert also den Bruch mit dem blinden Arbeitsfetischismus. Dieser programmatischen Herausforderung muss sich auch die neue LINKE stellen. Oder um diesen Abschnitt mit einer kleinen Hommage an Andre Gorz zu vollenden: »Wir müssen« – und hier zitiere ich aus seinem Werk Arbeit zwischen Misere und Utopie – »den Mut aufbringen, den Exodus aus der 'Arbeitsgesellschaft' zu wagen. Sie besteht nicht mehr und kehrt auch nicht wieder zurück. Wir müssen sie begraben, statt ihr nachzutruern, damit aus ihren Trümmern eine andere Gesellschaft entstehen kann.«

Um es zusammenzufassen: Wachstumsideologie, die Neigung, beim Straßenbau der Mehrheit nach dem Munde zu reden, und der Arbeitsfetischismus – diese drei Barrieren gilt es zu überwinden, wenn der Klimaschutz mehr als ein Wahlkampfschlager werden soll! Dies stellt eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für DIE LINKE dar. Doch dieser Bruch nach vorn ist es wert. Denn konsequenter Klimaschutz gehört zu den ureigensten Anliegen der Linken. Drei Argumente, warum konsequenter Klimaschutz im originären Interesse der Linken liegt.

1. Die Brisanz des Klimaschocks ist nicht mehr zu leugnen. Der Klimaschock ist durch menschliches Handeln verursacht. Unverbesserliche SkeptikerInnen führen gelegentlich an, dass Vulkane mehr CO₂ produzieren als der Mensch. Diesen SkeptikerInnen sei jedoch gesagt: Menschliche Ursachen hinterlassen einen anderen Fingerabdruck als natürliche Quellen. Mit Hilfe der so genannten Fingerabdruckmethode konnte man mit fast 100prozentiger Wahrscheinlichkeit ermitteln, dass der Mensch den Klimawandel zu verantworten hat. Wir rasen mit Höchstgeschwindigkeit auf den Klimaschock zu. So ist in diesem Jahr die Nordpolregion auf seine geringste Ausdehnung seit Beginn der Satellitenbeobachtung geschrumpft. In nur einem Jahr ist das Eis um eine Million Quadratkilometer geschmolzen. Die Folge: extreme Überschwemmungen. Andernorts hingegen führt der Klimaschock zu extremer Dürre.

2. Klimaschutz ist eine Frage der internationalen Gerechtigkeit. Der zweite Bericht des Klimarates der Vereinten Nationen bringt erschreckende Prognosen zu Tage: Der ärmere und verwundbare Teil der Menschheit wird vom Klimawandel zuerst betroffen sein. Afrika wird zu den großen Verlierern gehören. In den kommenden 13 Jahren werden zusätzliche 75 bis 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden. Internationale Solidarität gehört zu den wichtigsten Traditionen der Linken. Internationale Solidarität im 21. Jahrhundert bedeutet vor allem Klimaschutz. Wer vor Ort den Klimaschutz unterstützt, leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Leid und Elend in Afrika.

3. Konsequenter Klimaschutz braucht das Primat der Politik und den Einfluss auf Produktionsbedingungen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist Klima- und Umweltschutz eine Notwendigkeit, denn die Folgekosten des Klimawandels werden für die Gesellschaft unbezahlbar sein. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht hingegen ist Umweltverschmutzung meist profitabler. Solange die Spielregeln des Kapitalismus gelten, kann ein Unternehmen sich kaum um volkswirtschaftliche Belange kümmern, sondern muss betriebswirtschaftlich denken. Wo Profite im Mittelpunkt stehen müssen, bleibt der Klimaschutz schnell auf der Strecke. Konsequenter Klimaschutz braucht also eine wehrhafte Politik, die die Verfügungsgewalt der Eigentümer über ihre Produktionsmittel – z. B. durch strenge Umweltauflagen – einschränkt. Klimaschutz braucht das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Denn es

gilt auch aus Sicht des Klimaschutzes, den Terror der Ökonomie einzuschränken. Der Kampf um gesellschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen hat eine lange Tradition in der Geschichte der Linken. Wenn wir heute die Re-Kommunalisierung der Energiewirtschaft fordern, wenn wir heute die Verstaatlichung der Energienetze fordern, dann knüpfen wir an einer wichtigen linken Tradition an – den Kampf um Verfügungsgewalt über die Produktionsbedingungen.

Konsequenter und nachhaltiger Klimaschutz liegt im ureigensten Politikverständnis der Linken und knüpft darüber hinaus an zentralen linken Traditionen wie den Kampf um Verfügungsgewalt und die internationale Solidarität an. Wir haben also allen Grund, uns dem Klimaschutz in aller Konsequenz zu stellen – auch wenn wir uns dabei mit der Wachstumsideologie und dem Arbeitsfetischismus anlegen müssen.

Der Klimawandel ist in Sachsen angekommen

Der Klimawandel ist kein »mögliches Ereignis in ferner Zukunft«, vielmehr ein Prozess, der bereits begonnen hat und die Lebensbedingungen auf der Erde in tief greifender Weise ändert. Aufgrund der Trägheit des Klimasystems (Verzögerung zwischen Ursache und Wirkung beträgt etwa 40 – 50 Jahre) werden die schlimmsten Folgen des von uns verursachten Klimawandels die nächsten Generationen zu tragen haben. Dies offenbart die schwerwiegendste moralische Last des globalen Klimawandels. Nötig ist eine grundlegende Neuorientierung in der Gesellschaft insgesamt und insbesondere bei den Verantwortungsträgern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Globale Temperaturtrends

Globaler Klimawandel ist eine Realität. Er lässt sich sehr zuverlässig durch die Zunahme der mittleren globalen Temperaturen belegen. Tempo und Ausmaß des globalen Klimawandels gegen Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind offensichtlich ohne Beispiel. Die Temperatur ist seit 1900 weltweit bereits um 0,8 Grad Celsius angestiegen, in Deutschland um 0,9

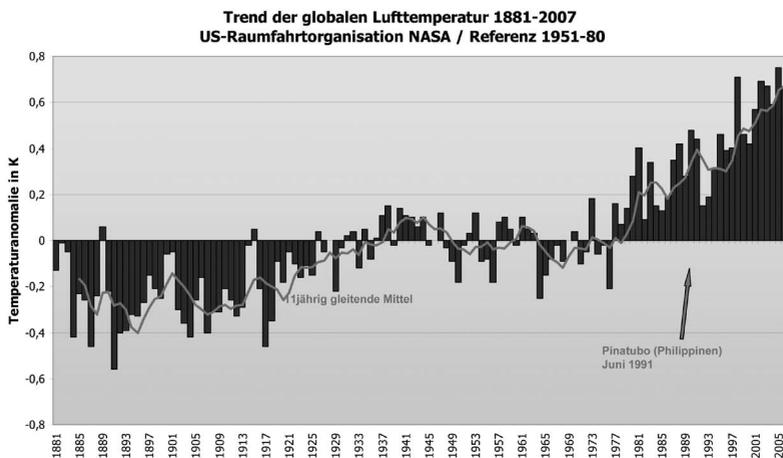


Abbildung 1: Auch die NASA betreibt ein Messnetz zur Überwachung der globalen Lufttemperatur

Grad Celsius. Die stärksten Erwärmungsraten verzeichnen die Polarregionen der Nordhalbkugel. Nach einer aktuellen Studie der US-Raumfahrtbehörde NASA nimmt die globale Erdmitteltemperatur mit circa 0,2 Grad Celsius pro Jahrzehnt gegenwärtig erheblich zu. Damit hat sich der Klimawandel stark beschleunigt. Seit Beginn der systematischen weltweiten Messungen 1856 war 2005 das zweitwärmste Jahr nach 1998. Nordhemisphärisch war es das wärmste Jahr. Europa verzeichnete seit 1998 die heißesten Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen.

CO₂-Konzentrationen steigen immer stärker an

Die Grundlagen für den Treibhauseffekt sind völlig verstanden und es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, dass eine Zunahme der atmosphärischen Konzentration der Treibhausgase auch zu einer Erwärmung führt. Allein schon von daher müssen sich die »Skeptiker« vorwerfen lassen, leichtfertig mit einer Menschheitsherausforderung Klimawandel umzugehen. Der CO₂-Gehalt der

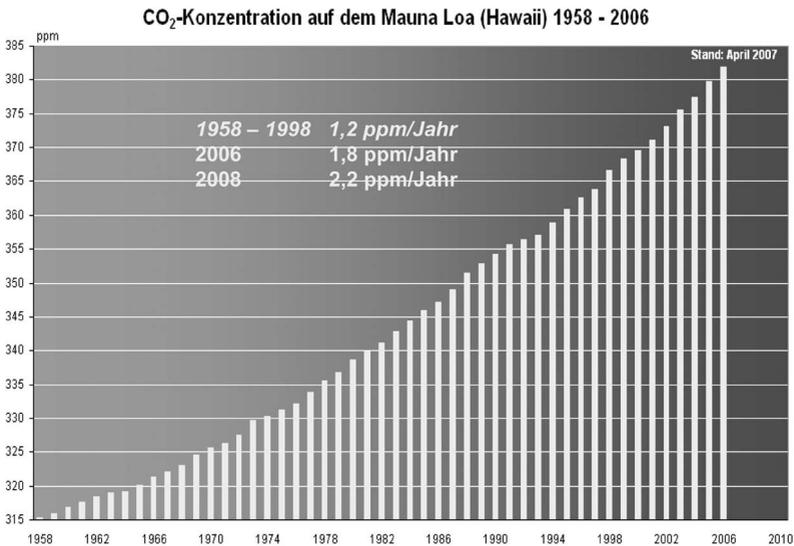


Abbildung 2: Trend der Jahresmittelwerte der CO₂-Konzentration an der globalen Referenzstation Mauna Loa (Hawaii)

Atmosphäre ist seit 1850 stark angestiegen. Für den markanten Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre ist der Mensch verantwortlich. Die Menschheit verbrennt derzeit jährlich etwa so viel

fossile Brennstoffe, wie sich in einer Million Jahre gebildet haben. Mehr als die Hälfte des dabei freigesetzten CO₂ wird (gegenwärtig noch!) von Senken aufgenommen. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre war in den letzten Jahrhunderttausenden (wahrscheinlich sogar Jahrtausenden) nie so hoch wie heute.

Globale Emissionstrends

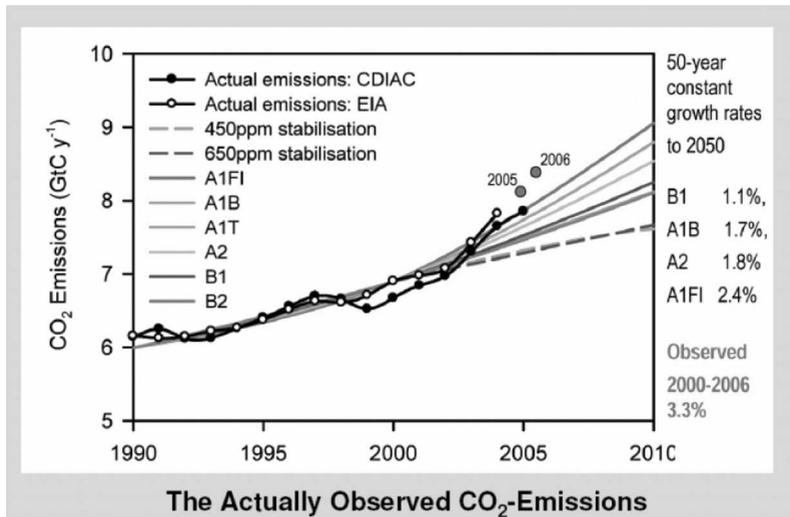


Abbildung 3: Derzeit steigen die CO₂-Emissionen stärker an, als nach dem pessimistischsten IPCC-Szenario zu erwarten wäre (Quelle: Čubasch / September 2008)

Bei der Fortsetzung der bisherigen globalen Klimapolitik werden sich die Konzentrationen an Treibhausgasen weiter deutlich erhöhen. Wie stark die Konzentrationen steigen, hängt von den Annahmen über Wirtschafts- und Technologieentwicklungen ab, die in verschiedenen Szenarien (SRES-Szenarien des IPCC) untersucht wurden. Die Bandbreite der möglichen daraus folgenden Temperaturerhöhung bis Ende des 21. Jahrhunderts liegt bei 1,1 bis 6,4 Grad Celsius. Aufgrund der Unsicherheiten im Hinblick auf mögliche (positive) Rückkopplungen könnte die globale Erwärmung im IPCC-Bericht 2007 angegebene Obergrenzen noch überschreiten.

Im Durchschnitt aller Industrieländer sanken die Emissionen von 1990 bis 2000 um 3,3 %, was aber vor allem am wirtschaftlichen Niedergang der mittel- und osteuropäischen Länder lag, deren Emissionen um 36,8 % sanken, während sie in den restlichen

Industrieländern um 11,0 % stiegen. Seit 2000 zeichnet sich auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern eine insgesamt steigende Tendenz um 4,1 % ab.

Klimatrends in Deutschland

In Deutschland kann man einen mit der globalen Erwärmung in Übereinstimmung befindenden stark ausgeprägten Erwärmungsprozess beobachten (Abbildung 4). Aus den Gebietsmittelwerten für Deutschland im Zeitraum 1761 – 2007 geht hervor, dass alle jahreszeitlichen Wärmerekorde erst in den letzten 7 Jahren auftraten, die Kälterekorde für die einzelnen Jahreszeiten jedoch sehr weit zurückliegen (18. und 19. Jahrhundert).

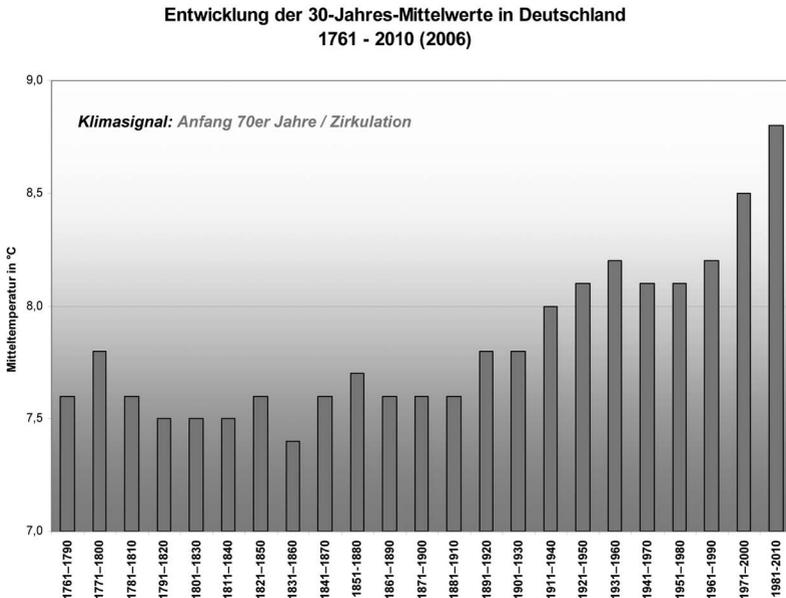


Abbildung 4: 30jährig gleitende Mittelwerte der Lufttemperatur seit 1761 in Deutschland (Quelle: DWD/Hoy/Schätzwert für 1981-2010)

So erwiesen sich der Sommer 2003, der Herbst 2006, der Winter 2006/07 sowie das Frühjahr 2007 als die wärmsten seit Beginn der meteorologischen Messungen 1761. Neueste Klimarekonstruktionen belegen, dass die Temperaturen großräumig spätestens in der Mitte des 20. Jahrhunderts jene des Mittelalters (mittelalterliches Optimum) übersteigen.

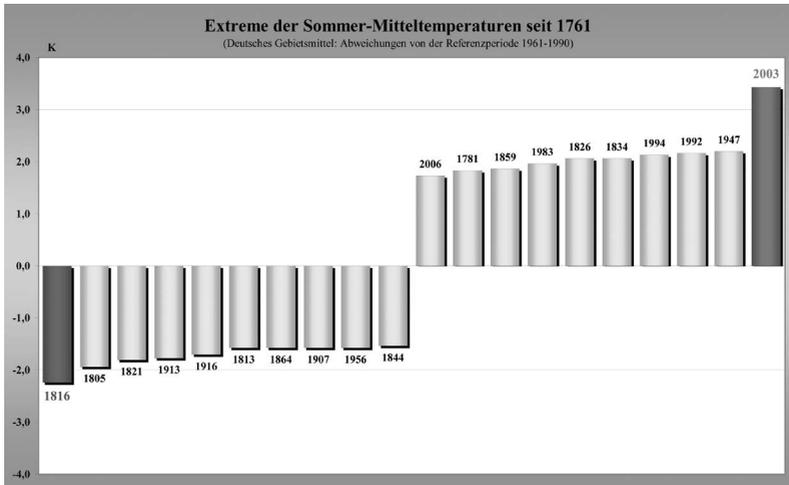


Abbildung 5: Die zehn wärmsten und die zehn kältesten Sommer seit 1761 in Deutschland (Quelle: DWD/Küchler)

Sonderrolle Sachsens in Sachen Klimawandel

Der Temperaturanstieg im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts spiegelt sich im Langzeittrend sächsischer Klimadatenreihen in bemerkenswerter Weise wider. So kann man auch in Sachsen seit den achtziger Jahren einen markanten Anstieg der Lufttemperatur feststellen:

Trend der Lufttemperatur im Raum Dresden 1883-2005 Jahr / 30jährig gleitende Mittel

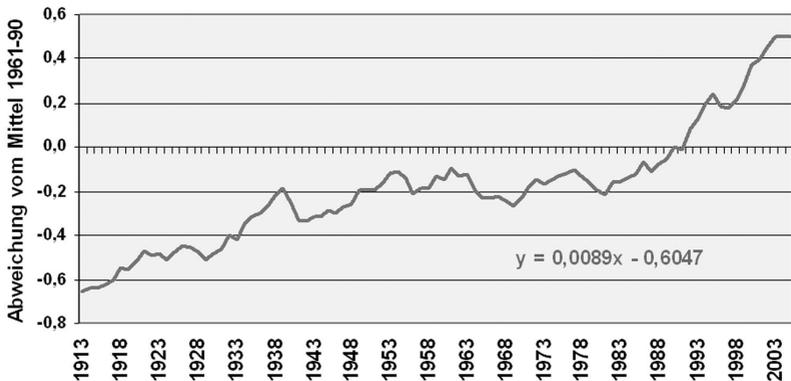


Abbildung 6: 30jährig gleitende Mittelwerte der Lufttemperatur im Raum Dresden

Aus den vom Deutschen Wetterdienst für alle Bundesländer aufgeschlüsselten Zahlen und Fakten ist ersichtlich, dass sich im Freistaat Sachsen die Niederschlagsverhältnisse bereits tief greifend und grundsätzlich anders als in Westdeutschland verändern. So nahmen die Jahresniederschläge in Sachsen im Zeitraum 1901 bis 2006 ab, in den westlichen Bundesländern hingegen ist insgesamt eine signifikante Zunahme der Jahresniederschläge festzustellen. Im Detail sind für Sachsen im deutschlandweiten Vergleich die stärksten Abnahmen der Sommerniederschläge (Abbildung 7) und gleichzeitig die geringsten Zunahmen der Winterniederschläge zu konstatieren. In Verbindung mit steigenden Lufttemperaturen hat sich damit die klimatische Wasserbilanz (= Niederschlag minus potentielle Verdunstung) im Freistaat bereits auffällig verringert.

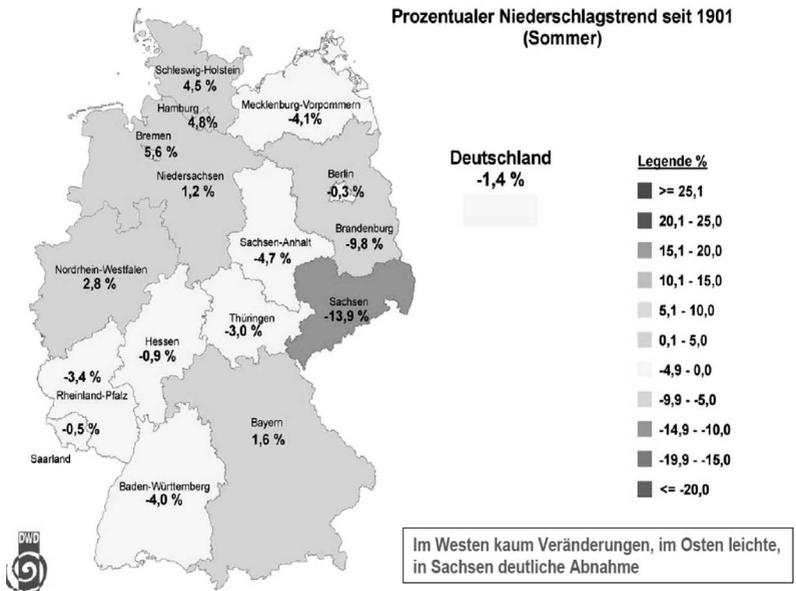


Abbildung 7: Signifikante Abnahme der Niederschläge seit 1901 in Sachsen im Sommer (Quelle: DWD)

In Deutschland sorgt der ozeanische Einfluss in der Regel für milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Das Klima in Sachsen ist stärker kontinental geprägt und abgesehen vom Mittelgebirgsraum recht trocken. Stau- und Föhneffekte durch das Fichtelgebirge, den Thüringer Wald, den Harz und das Erzgebirge üben in Sachsen einen markanten Einfluss insbesondere auf die

resultierenden Niederschlagsverhältnisse aus; das Klima Sachsens ist infolge dessen gegenüber Veränderungen der atmosphärischen Zirkulation (Abbildung 8) besonders anfällig. In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Zirkulationsverhältnisse in Mitteleuropa bereits signifikant verändert. In weiten Teilen Sachsens wird primär durch eine signifikante Abnahme der in Bezug auf die Niederschlagsverhältnisse bedeutsamen Nordwestwetterlagen ein Rückgang der sommerlichen Niederschläge beobachtet.

Relative Häufigkeiten von Nordwestlagen in verschiedenen Bezugszeiträumen

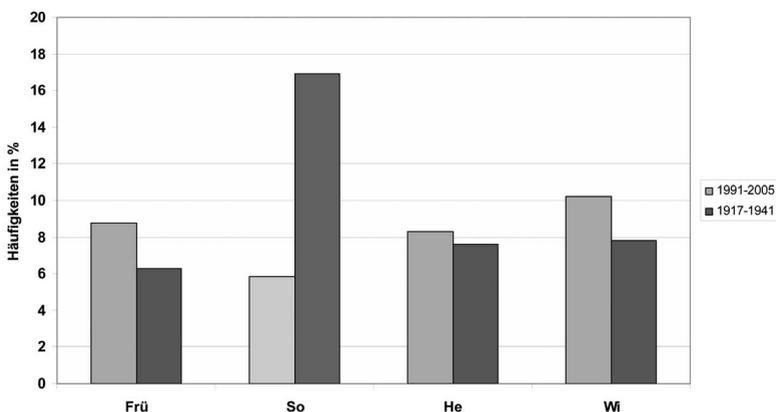


Abbildung 8: Signifikanter Rückgang der für Sachsen niederschlagsrelevanten Nordwestwetterlagen gegenüber früheren Vergleichszeiträumen im Sommer

Globale Klimaprojektionen

Klimamodelle sind in der Diskussion um den anthropogenen Klimawandel unverzichtbar. Sie ermöglichen die Isolation bestimmter Einflussfaktoren und erlauben den Blick in eine mögliche klimatische Zukunft unter der Vorgabe bestimmter Emissionsszenarien (Abbildung 9). Auf dieser Basis können Konsequenzen verschiedener Handlungsoptionen abgeschätzt werden (»Wenn-dann-Prinzip«). Selbst wenn es keine Klimamodelle gäbe, würde man das Problem des anthropogenen Klimawandels klar erkennen, denn wesentliche Folgerungen über den Klimawandel beruhen auf elementarem physikalischem Verständnis und auf der Analyse vorliegender Messdaten. Das Klimasystem ist ein nicht-lineares System, so dass bei anhaltendem Erwärmungstrend auch

mit unerwarteten – von Modellen kaum erfassbaren – abrupten Veränderungen gerechnet werden muss (Rückkopplungen / galoppierender Treibhauseffekt).

Die Klimaszenarien des 4. Weltklimaberichts des IPCC (2007) zeigen für dieses Jahrhundert eine Erhöhung der mittleren globalen Temperatur um 1,1 bis 6,4 Grad Celsius (Abbildung 9). In Europa dürften sich bereits heute andeutende gegenläufige Niederschlagstrends im Norden und im Süden noch wesentlich verstärken. Demnach wird Südeuropa noch weit häufiger als bereits in jüngster Vergangenheit mit andauernden Hitze- und Dürreperioden konfrontiert. Versteppung und Wüstenausbreitung sind gemäß aktueller Klimaszenarien die kaum vermeidbaren Folgen. Infolge dessen werden ausgesprochen negative Konsequenzen vor allem hinsichtlich Wasserverfügbarkeit, Sommertourismus, Hitzestress und landwirtschaftlicher Erträge erwartet. Auch in Mitteleuropa werden nach vorliegenden Klimaprojektionen rückläufige Niederschläge und zunehmende Dürreperioden im Sommer zu Problemen bei der Wasserverfügbarkeit führen.

Projizierte Temperaturänderung für Emissionsszenarien (Schwankungsbreite in K)

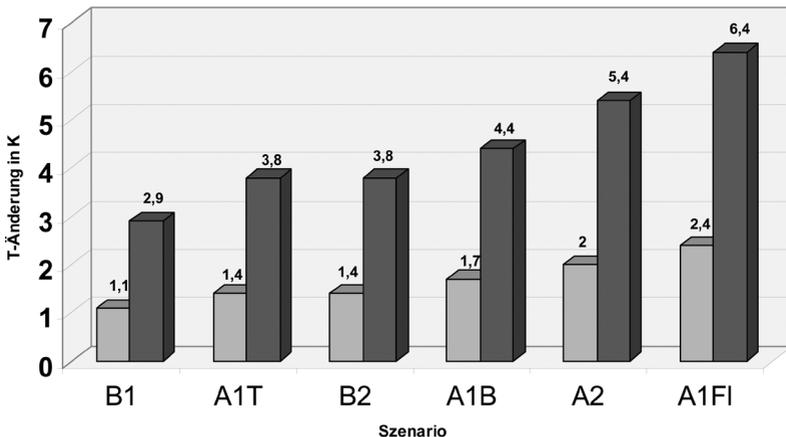


Abbildung 9: Mögliche Trends der Lufttemperatur im 21. Jahrhundert für 6 verschiedene Emissionsszenarien des IPCC

Die Simulation regionaler Klimaänderungen ist ein ambitioniertes Unterfangen, das jedoch in den letzten Jahren in Deutschland insbesondere auch durch Mitwirkung des Sächsischen Landesamtes

für Umwelt und Geologie mehr und mehr belastbare Resultate produziert hat. Unter Nutzung der Simulationen des ECHAM5-Modells für die IPCC-Szenarien B1, A1B und A2 wurden durch die statistische Regionalisierungsmethode WETTREG (Sächsisches Modell) im Jahre 2007 hoch aufgelöste Szenarien für Sachsen bereit gestellt:

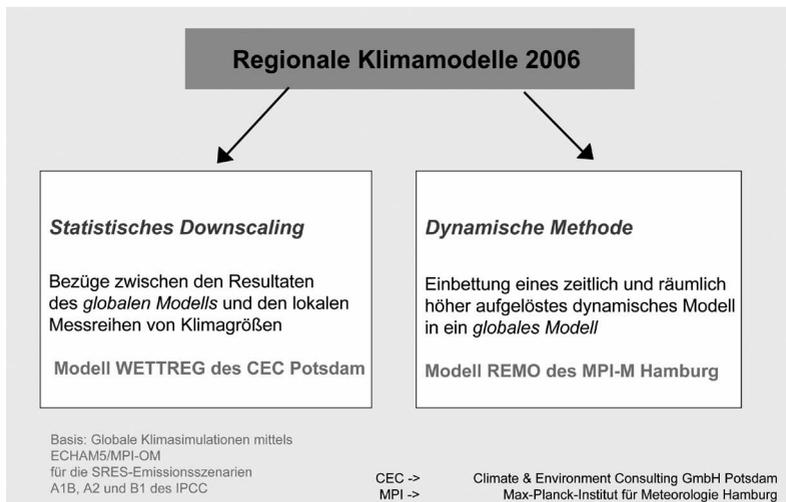


Abbildung 10: Skizze der deutschlandweit eingesetzten Regionalmodelle WETTREG und REMO

Die regionalen Simulationen zeichnen für die zukünftige Temperaturentwicklung in Deutschland ein konsistentes Bild: Eine Erwärmung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts in Sachsen unter 2 Grad ist unwahrscheinlich, eine Erwärmung über 6 Grad ist nicht auszuschließen. Bei markanter Erwärmungstendenz in allen Jahreszeiten zeichnen sich deutliche Signale infolge einer projizierten Zunahme der Andauer von »Hitzewellen«, Abnahme von »Kälteepisoden« und Andauer von »Dürreperioden« ab. Bedingt durch veränderte Wetterlagenhäufigkeiten werden im Westen Deutschlands die Winter deutlich feuchter als in weiten Teilen Ostdeutschlands. Resümee: Trockenheit und Dürre dürften voraussichtlich das Hauptproblem des Klimawandels im 21. Jahrhundert in Sachsen darstellen. In weiten Teilen Brandenburgs und Sachsens ist in der Folge Verstepung nicht auszuschließen. Erste Anzeichen für diese Entwicklung sind bereits heute zu erkennen.

Diagnostisch und prognostisch zeichnen sich Veränderungen des großräumigen Zirkulationszyklus ab. Es könnten in Europa in der Zukunft auch bislang noch nicht beobachtete Zirkulationsmuster auftreten. Jüngste Extremereignisse deuteten bereits an, mit welcher Entwicklung wir uns in Zukunft wahrscheinlich viel intensiver beschäftigen müssen.

Auf dem Weg in eine »Heißzeit«?

Gelingt es, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, ließen sich nach heutigem Stand der Forschung die gefährlichsten Folgen des Klimawandels abwenden. Dazu müsste die Konzentration aller Treibhausgase langfristig so niedrig gehalten werden, dass ihre Wirkung die von 450 ppm Kohlendioxid nicht überschreitet. Um das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu können, muss der Treibhausgasausstoß weltweit bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf etwa die Hälfte des Niveaus von 1990 gesenkt werden.

Abbildung 11 zeigt, dass unsere Temperaturverhältnisse dann etwa denen vor 5 Millionen Jahren entsprächen. Wirtschaftet die Menschheit allerdings weiter wie bisher, könnte sich das Erdklima bis zum Jahr 2100 um fünf bis sechs Grad Celsius (z.

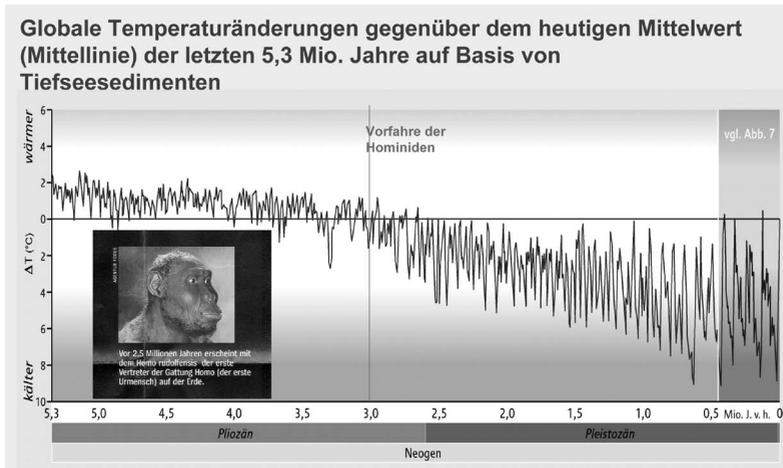


Abbildung 11: Änderungen der globalen Mitteltemperatur in den letzten 5 Millionen Jahren

B. IPCC-Szenario A2) erwärmen. Das entspräche in etwa dem Temperaturunterschied zwischen einer Eiszeit und einer Warmzeit. In der Erdgeschichte müssen wir bereits etwa 60 Millionen Jahre (Zeit der Dinosaurier) zurückblicken, um vergleichbare Temperaturverhältnisse zu finden. Aus der heutigen Warmzeit steuerten wir also auf eine »Heißzeit« zu, die die Menschheit bisher noch nie in annähernder Weise erlebt hat.

Blockierung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen und Desinformationskampagne

Der erste Weltklimabericht des IPCC erschien bereits 1990 und warnte vor den Folgen des ungebremsten Ausstoßes von Treibhausgasen. Die wissenschaftlichen Fakten rüttelten Öffentlichkeit und Politik auf. Die Staatsschefs befassten sich mit dem Klimaproblem und beschlossen Gegenmaßnahmen. Sie verpflichteten sich, die Treibhausgaskonzentration der Erde auf einem Niveau zu stabilisieren, das einen gefährlichen Klimawandel verhindert. Was also ist passiert - wieso sind wir weltweit in der Klimapolitik trotz dieses vielversprechenden Ansatzes kaum vorangekommen in den vergangenen 20 Jahren?

Seit vielen Jahren tauchen in den Medien immer wieder Thesen auf, die die Erkenntnisse der Klimaforschung fundamental in Frage stellen. Der Klimawandel sei gar nicht vom Menschen verursacht sondern auf natürliche Zyklen zurückzuführen, die Folgen der globalen Erwärmung würden übertrieben und seien in Wahrheit harmlos, in der Fachwelt seien die Ursachen noch umstritten oder die Klimaforscher würden gar aus Eigeninteresse Schwarzmalerei und Hysterie verbreiten. Tatsächlich hat die in den Medien ausgelegene »Skeptikerdiskussion« kaum etwas mit echten Diskussionen zum Klimawandel unter Fachleuten zu tun; die vorgebrachten Argumente richten sich meist gezielt an Laien und nutzen deren Unkenntnis der grundlegenden Daten und Zusammenhänge aus.

Wer sich im Bekanntenkreis umhört, der merkt rasch, dass diese künstlich am Leben erhaltene Scheindebatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Viele Menschen sind verunsichert und wissen nicht mehr, was sie glauben sollen. Sie meinen, die Ursachen des Klimawandels seien unter Experten immer noch umstritten. Diese Fehleinschätzung behindert und verzögert eine effektive Klimaschutzpolitik bis heute, denn es ist gar nicht notwendig, den Klimawandel

zu widerlegen – es genügt, wenn systematisch bestimmte Zweifel daran aufrecht erhalten werden.

Eine Studie von Sozialwissenschaftlern aus Chicago und Helsinki kam 2003 zu dem Schluss, dass von der Industrie finanzierte Lobbytätigkeit maßgeblich zur Wende in der US-Klimapolitik in den 1990er Jahren und zur Abkehr der USA vom Kyoto-Protokoll beigetragen hat. Eine weltweit zentrale Rolle spielt hierbei Fred Singer (Abbildung 12). Nach einer Studie (http://www.ucsusa.org/news/press_release/ExxonMobil-GlobalWarming-tobacco.html) der Union of Concerned Scientists arbeitet Singer seit vielen Jahren für durch Exxon und andere Industrieunternehmen finanzierte Organisationen wie das Science and Environmental Policy Project (SEPP), deren Geschäft derartige Desinformation ist. Dennoch wird uns Singer in verschiedenen Medien als Klimaexperte präsentiert – der Zuschauer soll glauben, Singer sei ein Klimaforscher.

Es gilt ganz aktuell, die Hintergründe dieser gezielten Desinformationskampagne aufzudecken und dies in Verbindung mit Fachinformationen der breiten Öffentlichkeit zugänglich und bekannt zu machen. Da der Klimawandel nicht zuletzt auch fundamentale ethische Probleme (z. B. Belastung künftiger Generationen) berührt, ist Handeln dringend geboten. Es geht dabei um existenzielle Fragen und Entscheidungen. Treffend beschreibt Jonathan Granoff, Vorsitzender des Instituts für Globale Sicherheit und Friedensnobelpreisträger, das Problem, vor dem wir alle stehen:

Wir sind die erste Generation, die globale moralische Entscheidungen trifft, von denen es abhängt, ob wir die letzte Generation sein werden.

Rede von MdB Eva Bulling-Schröter zur Konferenz der Linkspartei Sachsens am 8. November 2008 in Leipzig

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, liebe Gäste,

»Wie grün muss die Linke sein?«

Das war der Titel einer vielbeachteten Veranstaltung, die die Bundestagsfraktion vor eineinhalb Jahren mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt hat. Dass solch eine Debatte notwendig war, zeigt der Widerspruch, den der Titel der Konferenz bereits im Vorfeld provoziert hatte.

In der Fraktion waren einige der Meinung, das Motto gehe in die FALSCHER RICHTUNG. Wir könnten doch nicht den Grünen hinterherlaufen. So wie DIE wollten wir doch niemals werden! Es gehe doch um einen ganz anderen Ansatz.

Und dann gab es noch die Meinung: Entweder man sei als Linker auch grün oder man sei eben nicht wirklich links. Das sei doch klar. Insofern könne man sich eine solche Fragestellung sparen.

Ohne Zweifel geht es ausdrücklich NICHT darum, die Politik von Bündnis 90/Die Grünen zu kopieren oder irgendwem hinterher zu rennen. Nicht umsonst haben sich eine Reihe von linken Grünen enttäuscht von der Partei ab-, und der Linkspartei oder der WASG zugewandt. Menschen, die umwelt- und friedenspolitisch verwurzelt sind, darüber aber die soziale Frage nicht aus dem Blick verlieren. Die keine Lust auf eine Partei mehr hatten, welche Kriegseinsätze, Hartz IV und Privatisierungsorgien verteidigt. Die sich verabschiedet haben von einer Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, welche sich in weiten Teilen am gutverdienenden Mittelstand ausrichtet, dabei aber das untere Drittel der Gesellschaft vergisst.

Ich möchte nicht schwarz-weiß malen. Auch bei den Grünen gibt es KollegInnen, die ich sehr schätze. Aber viele von ihnen leiden darunter, dass für maßgebliche Funktionäre ihrer Partei die wachsende Armut nicht mehr schreiende Ungerechtigkeit ist, sondern nur ein unschöner Nebeneffekt im Strukturwandel.

Die Grünen, aber auch die SPD, haben WählerInnen, SympathisantenInnen und auch Mitglieder an uns verloren, welche vielleicht noch vor zehn Jahren zu deren festen Kernwählerschaft gehört haben oder hätten. (Bei den Landtagswahlen in Bayern erhielten wir 40 000 Stimmen von ehemaligen CSU-WählerInnen.)

Aber eine noch viel größere Gruppe, so behaupte ich, wartet noch ab. Sie hat keine neue politische Heimat gefunden, sofern man diesen Begriff heutzutage noch verwenden kann.

Sozialpolitisch sind viele von ihnen bei uns. Ich kann mir jedoch vorstellen, dass sie bei der Linkspartei ein umweltpolitisches Profil vermissen, das den globalen Problemen, vor denen wir stehen, angemessen ist. Sie erwarten von einer neuen modernen linken Partei nicht nur eine Organisation, die konsequent soziale Gerechtigkeit einfordert, antimilitaristisch ist und den Mut hat, über den Kapitalismus hinauszudenken. Sie erwarten auch eine Partei, die sich glaubhaft dem Klimawandel, dem Artensterben und der Ausplünderung der natürlichen Ressourcen entgegenstellt. Und glaubhaft, dass heißt, mit Konzepten, die nicht nur von einem übersichtlichen Kreis ökologisch Engagierter, sondern auch in der Breite der Partei entwickelt, angenommen und umgesetzt werden.

Und obwohl es in Sachen Ökologie in der LINKEN in den letzten Jahren einen deutlichen Schub gegeben hat, scheint es daran immer noch zu mangeln. Der Politikwissenschaftler Ulrich Brandt schreibt, die Linkspartei stehe für Orientierungen hin zu den wichtigsten verteilungspolitischen Fragen. Sie habe jedoch in der Breite wenig umweltpolitische Kompetenz, und schon gar keine öffentliche Glaubwürdigkeit in dieser Frage.

Brandt führt als Beleg auch eine Umfrage der Frankfurter Rundschau von März 2007 an. Nach der wurde damals von der Bevölkerung weder der Linkspartei.PDS noch der WASG umweltpolitische Kompetenz zugeschrieben. Die Zeitung sieht beide Parteien in der aktuellen Diskussion - ich zitiere »mit Null-Punkten sogar als klimapolitische Totalausfälle«.

Letzteres schmerzt mich besonders. Denn diese Aussage entsprach schon damals nicht der Realität. Gerade in Sachen Klima- und Energiepolitik haben wir uns im Bundestag wirklich ein Bein ausgerissen. Wer beispielsweise im Internet nach Anfragen,

Anträgen und Debatten zum Emissionshandel und dessen katastrophaler Entwicklung sucht, wird sehr schnell feststellen, dass hier nicht die Grünen in dieser Wahlperiode Schrittmacher waren, sondern die LINKE. Ähnliches gilt für den Kampf gegen die Macht der Oligopole in der Energiewirtschaft.

Unser kritisches und fachlich fundiertes Engagement haben zwar Bundesregierung und Wirtschaftsverbände mitbekommen. Die Medien aber haben dies weitgehend ignoriert. Doch auch das hat vor allem hausgemachte Gründe. Es ist eben nicht immer nur bornierte Antipathie oder Recherche-Faulheit mancher Journalisten. Es liegt auch daran, dass deutsche Tageszeitungsredakteure mit der LINKEN in der Regel eben nicht innovative Umweltpolitik assoziieren. Unter den Oppositionsparteien haben die Grünen hier ohne Zweifel die mediale Deutungshoheit.

Und das ist nicht verwunderlich. Diese Exklusivität haben sie sich erarbeitet. Auch und gerade, weil sie als Anwalt der Umwelt bis hin in ihre kleinen Gliederungen bekannt sind. Insofern ist das Jammern über einen Medien-Boycott an dieser Stelle wenig hilfreich.

Und so kann es dann auch kommen, dass in der vorher zitierten Analyse ausblendet wird, dass die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern einen erfolgreichen Umweltminister stellte und auch die UmweltpolitikerInnen in den Landtagen und der Bundestagsfraktion fachlich auf Augenhöhe mit den anderen Parteien konkurrieren. So ist das Engagement von Andrea Roth in Sachen soziale und ökologische Abwasserbeseitigung nicht nur bei den sächsischen Abwasserinitiativen, sondern in der Wasserszene auch weit über Sachsen hinaus bekannt.

Die Brandenburger LINKEN haben sich nach langer Debatte dazu durchgerungen, der Volksinitiative gegen weitere Braunkohleletagebaue beizutreten. Das ist umweltpolitisch ein großer Schritt, denn die LINKE steht im Osten viel mehr unter dem Druck von Gewerkschaften und Beschäftigten, als die Grünen, von denen man überhaupt kein soziales Engagement erwartet. Ich erinnere an die Kohle, die von den Kumpels vor PDS-Parteitag vor die Tür gekippt wurden.

Das Ziel der Volksinitiative ist es, dass keine weiteren Tagebaue genehmigt werden. Die Initiative besteht nicht aus Desperados, sie handelt verantwortungsvoll. So argumentiert sie, dass 2006 in Brandenburg 3840 Menschen direkt im Braunkohlebergbau tätig waren. Ich zitiere:

»Wir wollen diesen Menschen die Lebensgrundlage nicht streitig machen und nehmen Ängste um ihre Zukunft sehr ernst. Uns geht es jedoch nicht - wie häufig unterstellt - um einen Sofortausstieg, sondern um einen geordneten mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung. Die Vorräte der genehmigten ostdeutschen Tagebaue reichen noch bis in die 30er Jahre, bei einer klimapolitisch erstrebenswerten Drosselung der Produktion sogar noch länger. Bis dahin ist genug Zeit, ein wirtschaftliches Alternativkonzept zu entwickeln und den Ausstieg sozialverträglich zu gestalten.«

Ich denke, dies ist eine Herangehensweise, die die LINKE unterstützen konnte, ja unterstützen musste. Denn Braunkohlenutzung ist die klimafeindlichste Form der Energiegewinnung überhaupt. Allein das Kraftwerk Jänschwalde pumpt genauso viel CO₂ in die Luft wie alle 283 in den Emissionshandel einbezogenen Betriebe und Kraftwerke des Bundeslandes Bayern, aus dem ich komme.

Braunkohletagebaue zerstören darüber hinaus das Lebensumfeld durch das Abbaggern gewachsener Dörfer. So haben allein in der Lausitz in den vergangenen 80 Jahren mehr als 30.000 Menschen ihre Heimat verloren, weil sie einem Tagebau weichen mussten. 136 Orte verschwanden ganz oder teilweise von der Landkarte.

Braunkohletagebaue zerstören oder schädigen natürlich auch sensible Naturschutz-, Flora-Fauna-Habitat- und Wasserschutzgebiete, darunter geschützte Moore, Feuchtgebiete und Vogelbrutplätze. Und sie zerstören den Grundwasserhaushalt der Regionen.

Ich denke, all diese Gründe zusammen müssen auch in den anderen von Braunkohleabbau betroffenen Bundesländern dazu führen, dass sich die LINKE dort eindeutig positioniert.

Ich zitiere jetzt aus einem Kommunalwahlprogramm aus Sachsen-Anhalt: »Die Linkspartei.PDS unterstützt die Förderung und Veredlung von Braunkohle und die damit verbundene Renaturierung der Abbaufelder.« Das war alles.

Das ist eine Politik von gestern. Kein Wunder, dass uns Bürgerinitiativen vor Ort wütende E-Mails schreiben.

Mir ist bekannt, dass der Umgang mit der Braunkohle auch in der sächsischen LINKEN die Geister spaltet. Ich würde mir wünschen, dass sich letztlich die Strömung durchsetzt, die in den Argumenten der Brandenburger Genossen ein besseres Rüstzeug für eine zukunftsfähige Politik sehen. Nicht zuletzt deshalb, weil in Ostdeutschland schon weit mehr Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien entstanden sind, als in der überkommenen Energiewirtschaft wegfielen.

Ein weiterer Streitpunkt in Teilen der LINKEN ist die grüne Gentechnik. Wenn ich richtig informiert bin, haben hier die sächsischen Genossen eine ähnliche Haltung, wie wir in Bayern, wo sogar das Gro der Bauern gegen diese Hochrisikotechnologie ist. Ähnliches gilt meines Wissens für Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg sowie für sämtliche Strukturen der Linkspartei im Westen Deutschlands. Ich denke, hier können wir uns sehen lassen, wenngleich Sachsen-Anhalt auch hier wiederum eine andere Position hat.

Unter dem Strich erscheint das Bild der LINKEN in Punkto Umwelt uneinheitlich, da dürfen wir uns nichts vormachen. Weil die Defizite der Linkspartei insgesamt in Sachen Umweltpolitik offensichtlich sind, weil es vielfach nur EinzelkämpferInnen in der Partei und den Fraktionen sind, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, geht das Engagement der FachpolikerInnen und der Ökologischen Plattform in der Öffentlichkeit oft schlichtweg unter.

Liebe GenossInnen, wir bewegen uns im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie und Sozialem. Die Gleichung, was der Umwelt nützt, nützt auch dem Menschen, stimmt zwar. Aber es ist nur langfristig eine Win-Win-Situation. Kurzfristig kann das sehr weit auseinanderfallen. Und darum brauchen wir eine sozialpolitische Begleitung des ökologischen Umbaus. Ohne allerdings wegen der Sozialpolitik den Umbau zu verschieben.

So erfordert eine nachhaltige Energiepolitik ein radikales Umdenken in Konsummustern und persönlichem Verhalten. Das heißt anders leben, und nicht schlechter. Wir sind dafür, dass der Wochenendtrip mit dem Billigflieger nach Paris oder Barcelona

wieder Luxus wird. Beispielsweise durch eine wirksame Kerosinbesteuerung. Wir werden aber mit aller Kraft dagegen kämpfen, dass Energiepolitik zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führt, indem für Einkommensschwache warme Wohnungen und angemessene Mobilität Luxusgüter werden. Das ist einer der Gründe, warum die PDS seinerzeit gegen das rotgrüne Modell der Ökosteuer war. Nicht weil wir keine wollten, sondern weil die Steuer alle traf, die gleichzeitige Entlastung von der Sozialversicherung jedoch nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigten nutzte, nicht aber Niedrigverdienern, Sozialhilfeempfängern oder Studenten.

In diesem Sinne werden wir weiterhin einer elitären Umweltpolitik entgegen treten, die beispielsweise Energiearmut bei Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten als hinnehmbaren Kollateralschaden im Klimaschutz verbucht.

Das klingt jetzt knackig, ist aber eine enorme intellektuelle und politische Herausforderungen für die LINKE: Wir haben schließlich immer gesagt, die Umwelt soll ihren Preis haben, und der Preis soll die ökologische Wahrheit sprechen, wie dies Ernst Ulrich von Weizsäcker einmal formulierte. Was nun aber, wenn die Preise wegen knappen Rohstoffen so rasant ansteigen, dass soziale Gerechtigkeit noch weiter unter die Räder gerät?

Es stimmt, je schneller erneuerbare Energien und Energieeffizienz uns von fossilen Importen unabhängig machen, um so weniger teuer und weniger konfliktbeladener wird die Energiewende. Doch noch sind die meisten Regenerativen kostspielig.

Und welche Probleme uns importiertes Ethanol aus Zuckerrohr oder Biodiesel für Kleinkraftwerke bescheren können, ist mittlerweile bekannt. Der Name Biosprit dafür wäre lachhaft. Denn die Vernichtung von Nahrung und Regenwald in Brasilien oder Indonesien ist hier der Preis, um die Autogesellschaft der Industriestaaten am Laufen zu halten. Wir werden also mit weiter steigenden Kraftstoffpreisen leben müssen.

Einen Ausweg böten energiesparende Geräte, umfassende Wärmedämmungsprogramme und ein völlig neues Konzept für einen bezahlbaren öffentlichen Verkehr. Das sind zufällig genau die Bereiche mit den größten Handlungsdefiziten in Deutschland.

Vielleicht, weil hier nicht so schön Geld zu verdienen ist, wie mit abgeschriebenen Atomkraftwerken.

Für den Bereich Strom und Wärme brauchen wir jedoch schnellstens soziale Abfederungen.

Unser Konzept sieht so aus:

1. Gezielte Energieberatungen

Energieversorger werden verpflichtet, selbst oder besser noch über Vor-Ort-Initiativen (wie kommunale Energieberatungen, Verbraucherzentralen, Sozial- und Umweltverbände oder freie Energieberater) kostenfreie und qualifizierte Energieberatungen anzubieten bzw. zu finanzieren. Diese sollten einmal im Jahr durch Privathaushalte in Anspruch genommen werden dürfen.

2. Sozialtarife

Die Energieversorger müssen jeweils auf ihren günstigsten Tarif und ohne Zugangshemmnisse einen Sozialtarif für nachweislich einkommensarme Haushalte anbieten. Dieser soll mindestens ein Drittel günstiger sein als der Normalpreis. Das entspricht der Rücknahme des durchschnittlichen Energiepreisanstiegs gegenüber dem Jahr 2004. Die Einnahmeausfälle werden auf die anderen Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt und regionale Kundenunterschiede zwischen den Energieversorgern ausgeglichen. Das führt zunächst bei den anderen Kundinnen und Kunden zu moderaten Preiserhöhungen von drei bis fünf Prozent. Für die Inanspruchnahme des Sozialtarifs wird von der zuständigen Behörde ein Gutschein ausgestellt, mit dem der Energielieferant, auch ein Ökostromanbieter, weiterhin frei gewählt werden kann. Wichtig: Der Sozialtarif darf nicht auf bestehende Sozialleistungen angerechnet werden, da die bisherigen Energiepreisanstiege ohnehin nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

3. Kostenfreie Energiekontingente

Um nun eine wirksame ökologische Lenkung zu erzielen, wird für alle Verbraucherinnen und Verbraucher eine kostenfreie Sockelversorgung eingeführt, im Strombereich beispielsweise für die ersten 800 kWh Jahresverbrauch. Die Einnahmeausfälle werden

durch die höheren Kosten gedeckt, die auf jenen Stromverbrauch aufgeschlagen werden, der über 800 kWh anfällt. Das führt selbst unter Berücksichtigung der Umlagemehrbelastung aus dem unter Punkt 2 vorgeschlagenen Sozialtarif in der Summe dazu, dass Haushalte mit einem Verbrauch unterhalb von 4000 kWh pro Jahr weniger zahlen als zuvor, Haushalte ab dieser Marke jedoch mehr.

4. Klima-Schecks für A++

Die Bundesregierung sollte einmalig Klima-Schecks, beispielsweise über 500 Euro je Erwachsenen, ausstellen, die beim Kauf von Haushaltsgeräten der jeweils höchsten Energieeffizienzklasse einlösbar wären. Dies wäre ein Konjunkturprogramm zur Förderung der Produktion energiesparender Elektrogeräte. Über den anschließenden Minderverbrauch würden auch ärmere Familien in den Genuss verringerter Stromrechnungen kommen. Es ist zu überlegen, ob solche Schecks an alle Einkommensgruppen oder nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze vergeben werden sollten.

5. Finanzierung von Energieeffizienz durch Robin-Hood-Steuer

Umfassende und eher langfristige Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparung, beispielsweise durch Gebäudedämmung, Austausch von Altheizungen, erneuerbare Energien und genannte Zuschüsse für energiesparende Geräte, sollen durch eine Abschöpfung der Extraprofite bei den Energiekonzernen finanziert werden. Die Linksfraktion hat bereits 2006 die Abschöpfung der Zusatzgewinne der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel gefordert (windfall profit tax) und dafür u. A. die Einrichtung eines Energiesparfonds gefordert, der ausgestattet mit jährlich einer Milliarde Euro den Energieverbrauch und Klimagas-Ausstoß senken und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen würde. Auch das von der Verbraucherzentrale Bundesverband vorgeschlagene 20-Milliarden-Euro-Paket zum Energiesparen könnte vollständig auf diese Weise abgedeckt werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, ich habe im ersten Teil über die Defizite der Linkspartei geredet. Das habe ich etwas drastisch getan und mir ist klar, dass ich so beispielsweise dem

Wirken von Wolfgang Methling als erfolgreichen Umweltminister Mecklenburg-Vorpommerns oder auch der kontinuierlichen Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt genauso wenig gerecht werde wie dem Engagement vieler Genossinnen und Genossen auf kommunaler Ebene. Sei es im Kampf gegen Müllverbrennungsanlagen oder für sinnvolle Abwasserkonzepte und regenerative Energien, sei es im Widerstand gegen die Vergewaltigung der letzten frei fließenden Flüsse oder für den Erhalt von Naturschutzgebieten.

Doch unter dem Strich - da sind wir uns wohl einig - bleibt in Sachen Umweltpolitik bei den LINKEN erheblicher Handlungsbedarf.

Und nun kommt die gute Nachricht. Hier bin ich optimistisch, denn wir sind bereits einen deutlichen Schritt vorangekommen. Nie war so viel in Bewegung in der Umwelt- und Energiepolitik unserer Partei, wie in den letzten drei Jahren. Hier hat mal wieder das Sein das Bewusstsein bestimmt, denn die Ursache für diese Bewegung kommt von außen: Der drohende Klimakollaps und die explodierenden Energiepreise zwingen die Partei, konkreter Stellung zu beziehen als bislang.

Der gesellschaftliche Diskurs darum hat sowohl im Parteivorstand als auch in der Bundestagsfraktion zu guten Debatten und auch zu Beschlüssen geführt, Klima- und Energiepolitik zu Schwerpunktthemen zu machen. Zahlreiche Anhörungen, Tagungen, Anträge und Anfragen haben dies untersetzt. Beispielsweise zu Biokraftstoffen, zum Emissionshandel, zum Kyoto-Prozess, zur Netzregulierung oder zur europäischen Energiepolitik. Wir haben Heizkostenzuschüsse für niedrige Einkommen gefordert und Stromnetze in öffentliche Hand.

Wir haben Stellungnahmen abgegeben und Initiativen gestartet zu überaus riskanten Scheinlösungen im Klimaschutz, wie die Abscheidung und unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen oder zur Geisterdebatte um neue Atomkraftwerke. Und wir sind eingetreten für tatsächliche nachhaltige Lösungen wie die Forcierung von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien.

In Weiteren haben wir - zunächst für die Lausitz - Positionen erarbeitet, wie sich die LINKE konkret den Ausstieg aus der

Kohlewirtschaft vorstellt. Mit unseren Außenpolitikern haben wir Projekte zum Thema Klima, Energieressourcen und Konfliktprevention am Laufen, gerade fand eine Anhörung unserer Fraktion zum Thema im Bundestag statt. Wir haben zwischen Umwelt-, Energie-, und Landwirtschaftspolitikern erfolgreich um eine Position zur komplizierten Frage gerungen, welchen Beitrag Biokraftstoffe tatsächlich zur Lösung des Klimaproblems leisten können. Erinnerung sei hier an die Debatte darum, ob Mais in den Tank oder auf den Teller gehört. Zudem kämpfen wir mit viel Sachverstand gegen die grüne Gentechnik und für eine Ökologisierung der Landwirtschaft. Unsere Kollegen im Verkehrsbereich wiederum arbeiten unablässig gegen den Börsengang der Bahn und dafür, dass nicht mehr, sondern weniger Verkehr auf unseren Straßen rollt.

Nebenbei beackern wir natürlich weiterhin die klassischen Themen der Umweltpolitik, als da wären Abfall, Wasser und Abwasser, Immissionsschutz, Natur-, Arten- und Tierschutz, Meeres- und Tropenwaldschutz sowie die Chemikalienpolitik. Doch unser Schwerpunkt auf Bundesebene bleibt Klima- und Energiepolitik. Und zwar, weil es sich für die LINKE geradezu aufdrängt!

Nirgendwo wird so offensichtlich, dass das herrschende Wachstums- und Regulierungsmodell der kapitalistischen Marktwirtschaft an seine Grenzen stößt. Geradezu plastisch wird, wie unser überkommenes fossil-atomares Energiesystem in der Hand von riesigen Konzernen nicht nur mit dem Erdklima kollidiert, sondern auch politische und soziale Konflikte provoziert.

Laut UN-Klimagremium IPCC könnte im pessimistischsten Szenario bis zum Jahr 2100 die Erdmitteltemperatur um bis zu 6,4 Grad steigen. Dazu hat Harry Lehmann sehr viel ausgeführt.

Aus drohendem Klimawandel und Ressourcenkonflikten folgt: Eine Energiewende - weg von Öl und Kohle, hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung - ist nicht nur wichtigster Baustein im Kampf gegen die Erderwärmung. Der Wandel des Energiesystems ist auch sicherheitspolitische Investition und solidarische Entwicklungspolitik zugleich. Er eröffnet darüber hinaus neue Perspektiven für eine linke Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik.

Was ich mit den Beispielen illustrieren wollte, ist der soziale Sprengstoff, der in der Energiewende liegt. Sie selbst ist alternativlos und technisch genauso zu bewältigen wie ökonomisch. Das ist auch die Grundaussage des Berichtes des Weltklimarates IPCC. Wie jedoch der Weg dorthin aussehen wird, wer die Gewinner und wer die Verlierer in diesem Prozess sein werden, ist noch unklar. Dies wird unter anderem dadurch bestimmt werden, wie stark und intelligent sich eine neue LINKE hier einbringt. Denn dieser Kampf ist auch eine Auseinandersetzung zwischen Neoliberalismus mit grünem Antlitz und einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung.

Eins ist klar: Wenn warme Wohnungen im Winter und angemessene Mobilität für ärmere Bürgerinnen und Bürger unbezahlbar werden, wird jeder ökologische Wandel scheitern. Und zwar zu recht. Auf der anderen Seite wird der notwendige Ausstieg aus der Kohle lokal aber auch zu Strukturbrüchen führen, die eine Linke akzeptieren und vor Ort erst aushalten muss. Denn machen wir uns nichts vor: Erneuerbare Energien schaffen zwar deutlich mehr Arbeitsplätze, als in der konventionellen Energieerzeugung wegfallen. Aber natürlich nur selten am selben Ort und zur selben Zeit.

Widersprüchlich wird es auch bleiben, wenn wir einen Schritt weiter gehen. Denn dann stellt sich die Frage, ob Wachstumsgesellschaften tatsächlich auf Dauer umweltverträglich sein können. Diese Frage hat übrigens auch der gerade veröffentlichte zweite Teil der berühmten Studie von »Zukunftsfähiges Deutschland« kritisch aufgegriffen, die vom Wuppertal Institut im Auftrag von Umwelt- und Entwicklungsverbänden erstellt wurde. Die Wissenschaftler stellen darin ganz klar Infrage, ob es langfristig überhaupt möglich sein kann, zu wachsen und trotzdem weniger Ressourcen zu verbrauchen.

Dass mehr Effizienz immer wieder durch Wachstum aufgefressen werden kann, sehen wir die letzten Jahre an der CO₂-Bilanz der Bundesrepublik. Unsere Emissionen liegen heute über denen von 1999. Nach dem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft ist an absoluter CO₂-Reduktion nicht mehr viel passiert.

Doch Wirtschaftsmodelle ohne Wachstum, also stationäres Wirtschaften, wären absolutes Neuland.

Für uns als LINKE ist aber klar, dass bei wachsender Arbeitsproduktivität Arbeitslosigkeit hier nur verhindert werden könnte, wenn Arbeit und Einkommen in einem völlig anderem Ausmaß umverteilt werden würden, als das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist. Kommen wir also an die ökologischen Grenzen des Kapitalismus? Und wen ja, was kommt dahinter?

Spannende Fragen. Aber vielleicht bringen wir zunächst erst einmal die neue Partei ökologisch auf Trab. Die Visionen bleiben uns ja erhalten. Und darum möchte ich abschließend dafür werben, unsere neue Partei als Chance zu begreifen. Und zwar dafür, dass die neue LINKE einen bislang umbesetzten Platz in der Parteienlandschaft ausfüllt. Nämlich den, wo soziale Gerechtigkeit und mit nachhaltiger Entwicklung verbunden wird.

Viele Wählerinnen und Wähler im Grenzbereich zwischen Linken und Grünen wünschen sich sehnlichst eine grüne Linke. Eine Partei, die guten Gewissens als Alternative wählbar wird. Wählbar, weil sie kontinuierlich und hartnäckig Partei ergreift für sozial Schwache, weil sie für Frieden und Solidarität zwischen den Völkern eintritt und weil sie gleichzeitig für einen tatsächlich nachhaltigen Umgang mit der Natur steht.

Impressum

Dieser Reader dokumentiert die ADELE-Umweltkonferenz vom 8. November 2008.

Herausgeber: Landesverband der LINKEN, Sachsen
und ADELE (Landesarbeitsgemeinschaft für Ökologie)

1. Auflage: 200

V. i. S. d. P.: Rico Schubert

Unter www.dielinke-sachsen.de finden Sie weitere Informationen über ADELE.

www.dielinke-sachsen.de

